

Handeln – und zwar jetzt! Maßnahmen für ein klimaneutrales Land



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Mario Hüttenhofer (KV Konstanz)

Änderungsantrag zu WKF-07

Von Zeile 198 bis 201:

- Die Energiesteuern ~~im Bereich Verkehr und Wärme wollen wir mit einer CO₂-Komponente reformieren. Der Einstiegspreis in diesen Sektoren sollte aktuell bei 40 Euro liegen und 2021 auf 60 Euro steigen, um etwas zu bewirken. wollen wir um einen CO₂-Preis Komponente ergänzen und deren Geltung auf alle Sektoren ausdehnen. Um eine schrittweise Reduktion in der Verwendung von fossilen Rohstoffen zu erreichen, soll der Einstiegspreis 2020 je t CO₂ bei 80€ liegen und danach jährlich um 15€ je t CO₂ ansteigen, bis das Netto-Nullemissionsziel für CO₂ und andere Treibhausgase erreicht ist. Wir schlagen vor den Erhöhungspfad verbindlich und transparent über mindestens 5 Jahre festzulegen. Kontinuität und Planbarkeit ist aus unserer Sicht dabei entscheidend für den Erfolg.~~ Der Preis muss danach weiter planbar ansteigen. Dafür schlagen wir für Deutschland ein unabhängiges Gremium vor,

Von Zeile 203 bis 204:

- ~~Mit den Einnahmen senken wir die Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige Minimum ab und führen als sozialen Ausgleich ein Energiegeld für alle ein.~~
- Als sozialen Ausgleich erstatten wir das Steueraufkommen aus dem CO₂-Preis zu 100% in Form eines Klimabonus an jeden Bürger und Bürgerin in pro Kopf gleichen Anteilen zurück.

Begründung

Die LAG Wirtschaft Finanzen und Soziales Baden-Württemberg hat in Ihrem Positionspapier "Appell für eine mutige CO₂-Steuer" vom 24. Juli 2019 sich für eine deutlich höhere CO₂-Steuer ausgesprochen. Diesem Beschluss ging eine intensive Arbeit mit Referenten und Abwägungsprozessen von über einem Jahr und 3 Sitzungen voraus.

Die Antragssteller sind die Autoren des Positionspapiers, viele Mitglieder der LAG WiFiSo BW und noch weitere Unterstützer aus anderen Landesverbänden.

Hier unsere Begründung:

Die Höhe von 40€ je t CO₂ wird als unzureichend erachtet. (auch für den ETS). Angesichts des schneller als erwarteten fortschreiten des Klimawandels und der Dringlichkeit ist ein höherer Einstieg notwendig. Die CO₂-Steuer muss nach einer kurzen Anpassungsphase die realen Klimaschäden abbilden.

Wir möchten hier verdeutlichen, wie wir eine angemessene CO₂-Steuer ermittelt haben:

Eine angemessene CO₂-Steuer, darf Bürger und Unternehmen nicht überfordern, soll die gesellschaftlichen Kosten für die Klimazerstörung über die Zeit vollständig abbilden und eine Verhaltensänderung erzeugen. Um eine Verhaltensänderung zu erzeugen, muss die CO₂-Steuer oberhalb von üblichen Preisschwankungen liegen.

Leitplanke für die Untergrenze der CO₂-Steuer: die Schwankungen in den Kraftstoffpreisen

Schwankung 2018 laut ADAC für Benzin: 20ct/L, --> **86€/t CO₂**)

Quelle: <https://www.adac.de/infotestrat/tanken-kraftstoffe-und-antrieb/kraftstoffpreise/kraftstoff-durchschnittspreise/default.aspx>

Leitplanke für die Obergrenze: aktuelle Klimaschäden

Derzeit geht das Umweltbundesamt von Klimaschäden in Höhe von **180€ je t CO₂** für 2016 aus. Tendenz steigend.

Quelle: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-wirtschaft/gesellschaftliche-kosten-von-umweltbelastungen#textpart-5>

Auf dieser Basis sprechen wir uns für einen Einstieg bei 80€ je t CO₂ aus.

Dieser Betrag dürfte ein deutliches Preissignal auslösen, das CO₂-freie - klimaschützende Alternativtechnologien deutlich begünstigt.

Kontinuierliche Erhöhung der CO₂-Steuer:

Die CO₂-Steuer muss kontinuierlich erhöht werden, bis die Klimaneutralität der Wirtschaft hergestellt ist. Mit zunehmender Reduktion des Verbrauchs an fossilen Rohstoffen sinken aber die Belastungen der Marktteilnehmer aus der CO₂-Steuer. Um Anreize zur Umstellung weiter aufrecht zu erhalten muss die Steuer kontinuierlich erhöht werden. Um auch langfristige Investitionen positiv beeinflussen zu können muss die Steigerung transparent und fix sein. Idealerweise sollte der Steigerungspfad über 10 Jahre festgelegt sein, damit der Kostenvorteil auch für langfristige Investitionen berechnet werden kann.

100% Rückvergütung an natürliche Personen, aber nicht an Unternehmen, erachten wir als notwendig um die gesellschaftliche Akzeptanz zu fördern und einkommensschwache Haushalte deutlich zu entlasten.

Klimadividende:

Wir sprechen uns für eine vollständige Rückvergütung (100%) und nicht für eine teilweise Rückvergütung und Stromsteuerabsenkung aus. Eine Verbilligung von Strom gegenüber jetzigem Niveau würde zusätzlich zu der notwendigen Transformation den Strombedarf ausweiten und damit die Abschaltung von fossilbefeuerten Kraftwerken verzögern.

Eine Rückvergütung an Unternehmen aus dem Emissionshandel oder der CO₂-Steuer ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll, da dadurch Preissignal und Innovations- bzw. Anpassungsanreize verringert werden. Wir sprechen uns anstelle einer direkten Entlastung von Unternehmen, aber für ausreichend hohe Investitionsbeihilfen für den Umstieg in THG freie Alternativen bzw. aus.

Einige Quellen zur Wirkung einer CO₂-Steuer (mit Klimadividende):

http://www.foes.de/pdf/2019-07-FOES_CO2Preis_Hintergrundpapier_BMU.pdf

https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_bmu_gutachten_co2.pdf

https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.635193.de/diwkompakt_2019-138.pdf

Prof. Stefan Rahmstorf: <https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/warum-ein-co2-preis-gerecht-und-notwendig-ist/>

Weltbank Carbon Pricing Report 2018: <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/29687/9781464812927.pdf>

<https://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/co2-steuer-so-laeuft-es-in-anderen-laendern-a-1265123.html>

weitere Antragsteller*innen

Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Hans Menningmann (KV Darmstadt-Dieburg); Karl-Heinz Trick (Ortenau KV); Achim Jooß (KV Ortenau); Karsten Kolb (KV Ortenau); Clara Löw (KV Frankfurt); Benjamin Harter (Ortenau KV); Dieter Kaufmann (KV Frankfurt); Dennis Barth (KV Konstanz); Evelyn Thies (KV Konstanz); Peter Alexander (KV Konstanz); Markus Rasp (KV Emmendingen); Hermann Steppe (KV Ortenau); Nils-Olof Born (KV Mannheim); Kristina Leitz (KV Stuttgart); Christine Ludwig (KV Bodenseekreis); Enrico Wolfgang Schandl (KV Ortenau); Domenic Preukschas (KV Ortenau); Moritz Sorg (KV Freiburg); sowie 3 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.